

Afghanistan, quo vadis?

EINE BESTANDSAUFNAHME ANDERTHALB JAHRE NACH BEENDIGUNG DES INTERNATIONALEN KAMPFEINSATZES

Am 5. Dezember 2011 wurde auf der Bonner Afghanistan-Konferenz der Übergang von der Phase der Transition (Dari: Inteqal), die im Dezember 2014 offiziell gemeinsam mit dem ISAF-Einsatz endete, zu einer neuen, bis 2024 laufenden Dekade der Transformation beschlossen. Während der Transitions-Phase wurde die Sicherheitsverantwortung im Land in fünf Tranchen, zwischen März 2011 und Ende 2014, vollständig an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben.¹ In der anschließenden Transformations-Phase soll Afghanistan weiterhin internationale Unterstützung für den Wiederaufbau erhalten. Die ersten anderthalb Jahre der Transformations-Phase sind vergangen, Zeit also für eine Bestandsaufnahme.

Afghanistan ist aus dem Fokus der internationalen Öffentlichkeit weitestgehend verschwunden

Seit der Beendigung des ISAF-Kampfeinsatzes am 31. Dezember 2014 ist Afghanistan weitestgehend aus dem Blickpunkt sowohl der deutschen als auch der internationalen Öffentlichkeit verschwunden. Drei Griechenlandrettungspakete, die weiterhin schwelende Euro-Krise, der Bürgerkrieg in Syrien sowie das Entstehen des Kalifats des Islamischen Staates in Syrien und im Irak, die Annexion der Krim durch Russland, die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Separatisten im Osten der Ukraine, die Terroranschläge in Paris und Brüssel und die Flüchtlingskrise haben die Berichterstattung über Afghanistan in den Hintergrund gedrängt. Insgesamt entstand der Eindruck, dass Afghanistan nicht nur in den Medien kaum noch Beachtung findet, sondern auch weitgehend von der politischen Agenda der internationalen Gemeinschaft verschwunden ist.

Dabei sind die Kampfhandlungen seit dem ISAF-Abzug und dem Beginn der Beratungs- und Ausbildungsmission Resolute Support (RS) keineswegs abgeflaut, sondern in zuvor nicht gekannter Heftigkeit entbrannt. Die Taliban haben 2015 größere militärische Erfolge im Kampf gegen die afghanischen Regierungstruppen erzielen können, als seit Beginn des amerikanischen Militäreinsatzes im Oktober 2001. Mit der 15-tägigen Besetzung von Kunduz ist es den Taliban erstmals gelungen, eine Provinzhauptstadt zu erobern. Das Terrornetzwerk Al Qaida, immerhin der Auslöser des Afghanistan-Einsatzes im Oktober 2001, hat dem neuen Taliban-Anführer Mullah Haibatullah Achundsada im Juni 2016 die Treue geschworen. Dem Islamischen Staat ist es gelungen, sich in Afghanistan als Konkurrenz zu den Taliban, wenngleich bisher auch nur in einer Provinz, festzusetzen. Im Rahmen der Flüchtlingskrise hat sich Afghanistan - nach Syrien - zu dem zweitgrößten Herkunftsland von Flüchtlingen

¹ http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_87183.htm

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

nach Europa entwickelt. Die internationale Gemeinschaft und Deutschland (nach den USA und Japan der drittgrößte Geldgeber im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit)² wären gut beraten, Afghanistan wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als dies derzeit der Fall ist.

Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist seit Beendigung der ISAF-Mission Ende 2014 und dem damit einhergehenden Erstarken der Taliban ebenso volatil wie unüberschaubar geworden. Verlässliche Informationen sind, wenn überhaupt, nur schwer erhältlich. Die Einschätzungen verschiedener staatlicher und internationaler Organisationen weichen zum Teil stark voneinander ab und sind daher nur schwer zu beurteilen. Von den ca. 400 Distrikten sind geschätzte 30 bis 50 Prozent von Kampfhandlungen in unterschiedlicher Intensität betroffen. Die übrigen gelten als relativ sicher, wobei Sicherheit in Afghanistan nicht mit einem europäischen Sicherheitsverständnis gleichgesetzt werden kann. Schwere und gleichzeitig spektakuläre Anschläge gegen staatliche und „westliche“ Institutionen und Einrichtungen (sogenannte High Profile Attacks) sind in der Hauptstadt Kabul weiterhin Normalität. Für die Taliban sind spektakuläre Anschläge ein wirksames Mittel, um internationale Aufmerksamkeit in den Medien zu gewinnen, die Regierung in der Hauptstadt als schwach erscheinen zu lassen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung weiter zu untergraben. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Anschlagzahlen in Kabul leicht zurückgegangen. Lt. Angaben der GIZ gab es 2015 genau 19 Selbstmordanschläge (2014: 23) sowie sechs sogenannte „complex attacks“ gegen „High profile targets“ (2014: neun) und zwei Sonstige (Ermordung, etc.) (2014: vier). Was auf den ersten Blick wie ein zumindest leicht rückwärtiger Trend aussieht, ist de facto ein Einpendeln auf hohem Niveau. Derartige Zahlen wurden 2013 und in den Jahren zuvor nie erreicht.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit der Präsidentschaftswahl 2014

Am 21. September 2014 wurde Dr. Ashraf Ghani offiziell zum Sieger der Präsidentschaftswahlen und damit zum neuen Präsidenten Afghanistans erklärt. Sein unterlegener Kontrahent in der Stichwahl, Dr. Abdullah Abdullah, erhielt die neu geschaffene Position des CEO (eine Art Regierungschef) innerhalb der Regierung. Dr. Ashraf Ghani wird als Repräsentant der stärksten Bevölkerungsgruppe in Afghanistan, der Paschtunen, gesehen, während Dr. Abdullah Abdullah als Vertreter der zweitstärksten Volksgruppe, der Tadschiken, gilt. Gemeinsam bildeten sie das sogenannte „Government of Unity“ (oder auch National Unity Government, kurz NUG). Als eine der ersten Amtshandlungen wurde am 30. September das „Bilateral Security Agreement“ (BSA) zwischen Afghanistan und den USA sowie das „Status of Forces Agreement“ (SOFA) zwischen Afghanistan und den NATO-Ländern unterzeichnet. Somit war die Rechtsgrundlage für die ISAF-Nachfolgemission Resolute Support geschaffen.

Die Erwartungen der afghanischen Bevölkerung an die neue Regierung waren hoch, der Optimismus groß, dass sich jetzt die persönlichen Lebensumstände verbessern würden. Stattdessen flossen internationale Hilfsgelder spärlicher und viele Hilfsorganisationen zogen sich aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage ganz aus Afghanistan zurück oder reduzierten ihr Engagement. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre basierte hauptsächlich auf der

² http://www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/afghanistan/index.html

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

Anwesenheit der internationalen Truppen und schaffte für viele Afghanen direkte und indirekte Beschäftigung. Während des Abzuges von ca. 127.000 Soldaten in den Jahren 2013 bis 2014 in vollem Umfang lief, brach auch das Wachstum wie folgt ein –im Jahre 2013 auf 3,93%, auf 1,28% im Jahre 2014 und auf 1,47% im Jahr 2015.³ Zu wenig für ein Land wie Afghanistan, das nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt gehört und im HDI (Human Development Index), Stand April 2016, den 169 Platz von 187 Staaten belegt.⁴ Als Folge stiegen Armut, Kriminalität und Drogenanbau genauso wie der Willen vieler Afghanen, das Land zu verlassen (2015 sind ca. 180.000 Afghanen ins Ausland geflohen). Die sich stark verschlechterte Sicherheitslage, aufgrund des Wiedererstarkens der Taliban, beschleunigt diese Entwicklung noch zusätzlich.

Politisch haben sich die Lager von Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah in 2015 häufig gegenseitig neutralisiert und gelähmt, anstatt gemeinsam die nun wirklich gewaltigen Probleme des Landes anzugehen. Aufgrund seines Vorsprungs im ersten Wahlgang, forderte Abdullah Abdullahs Lager die Hälfte der Macht für den CEO, obwohl diese Position in der afghanischen Konstitution nicht vorgesehen ist. Auch bei Protokollfragen soll es regelmäßig Konflikte gegeben haben. Es hat aber den Anschein, dass vor dem Hintergrund der Erfolge der Taliban mittlerweile ein Umdenken zu mehr Kooperation innerhalb der Regierung stattfindet. Insgesamt sind aber Vertrauen und Zufriedenheit der Afghanen in ihre Regierung und die staatlichen Institutionen drastisch gesunken.⁵ Trotz verstärkter Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, bleibt selbige das Hauptproblem in Afghanistan. Verbessert hingegen haben sich, zumindest auf politischer Ebene, die Frauenrechte. In der jetzigen Regierung sind vier Ministerinnen vertreten und kürzlich wurden erst zwei neue weibliche Provinzgouverneure ernannt.

Gemäß der afghanischen Verfassung hätten die Parlaments- (Wolesi Jirga) und Bezirkswahlen (diese finden das erste Mal statt) bis Juni 2015 stattfinden müssen, wurden aber trotz heftiger Kritik offiziell aufgrund von Sicherheitsbedenken nun auf den 15. Oktober 2016 verschoben. Trotzdem bezweifeln Beobachter, ob sich dieses Datum halten lässt. Noch wichtiger ist aber die Frage, wie und wann die angekündigten Wahlreformen stattfinden sollen, denn auch über diese gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen in beiden Lagern. So fordert Abdullah Abdullah z.B. die Ersetzung der Independent Election Commission (IEC) als auch der Independent Electoral Complaints Commission (IECC).⁶ Momentan gibt es erste Bestrebungen zumindest einige Mitglieder des IEC auszutauschen. Darüber hinaus umgeht die Regierung teilweise das IEC und verlässt sich auf die Empfehlungen des Special Electoral Reform Commission (SERC), dessen Schaffung in den Verhandlungen zur Bildung des NUG (National Unity Government) vereinbart worden war. Ein Rückschlag für die Reformbemühungen war die Ablehnung des Präsidentendekrets zur Reform der Wahlkommission, durch das afghanische Parlament am 17. Juni 2016. Bis zu den Wahlen sind gerade noch dreieinhalb Monate Zeit und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Wahlen ein weiteres Mal verschoben werden.

³ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/256441/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-afghanistan/>

⁴ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Afghanistan/Wirtschaft_node.html

⁵ <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/Afghanistanin2015PrefaceExecSummary.pdf>

⁶ <https://www.afghanistan-analysts.org/the-iec-announces-an-election-date/>

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPPF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistanwww.kas.de

Nach fast 13 Jahren endete am 31.12.2014 mit der ISAF-Mission der Kampfeinsatz der NATO-Truppen und ihrer Partner. Am 01.01.2015 trat die Nachfolgemission Resolute Support in Kraft, wie es auf dem NATO-Gipfel 2012 in Chicago beschlossen worden war. Ziel der ca. 12.500 Mann starken Mission ist nun nicht mehr die Gewährleistung der Sicherheit in Afghanistan, sondern die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte (Train, Advice and Assist/ TAA). Der vorherige Kampfeinsatz ist somit durch einen Beratungs- und Ausbildungseinsatz ersetzt worden. Offiziell sollte diese Mission am 31.12.2016 enden, doch hat die USA klargestellt, dass man sich hierfür an der aktuellen Sicherheitslage orientieren werde. Auch das deutsche Kontingent sollte im Laufe des Jahres 2015 reduziert bzw. nach Kabul verlegt werden, doch hat das Bundesministerium der Verteidigung auf die verschlechterte militärische Lage im Norden reagiert: Die deutschen Kräfte im TAAC North (Train, Advice and Assist Command North, ehemals Regional Command North/ RCN) verbleiben vor Ort und die Kontingentobergrenze ist von 850 auf 980 deutsche Soldaten erhöht worden.⁷ Diese Zahl spiegelt nicht die Anzahl der tatsächlich in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten wieder, sondern setzt lediglich die Höchstzahl fest.⁸ Mit Stand April 2016, stellte die Bundeswehr mit 644 eingesetzten Bundeswehrsoldaten, nach den USA, Georgien und Italien, das viertgrößte Truppenkontingent für Resolute Support.⁹

Mit dem Fall von Kunduz am 28. September 2015, war es den Taliban erstmals seit 2001 gelungen, eine Provinzhauptstadt, wenn auch nur zeitlich begrenzt, zu erobern. Als Reaktion hierauf, hat die NATO Anfang Dezember 2015 den geplanten weiteren Truppenabzug vorerst gestoppt, doch hat das allein keine mittelbaren Auswirkungen auf die Kampfhandlungen. Mittlerweile nehmen amerikanische Spezialeinheiten, obgleich nur in sehr begrenztem Umfang, an Kampfhandlungen in der Provinz Helmand teil. US-Präsident Obama hat die Autorisierung für den Einsatz von US-Truppen zur Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte ausgeweitet, was den vereinfachten Einsatz von amerikanischer Luftunterstützung einschließt.¹⁰

Waren die Bündnispartner noch im Mai 2015 davon ausgegangen, die Mission Resolute Support ab 2017 in eine zivile Mission umwandeln zu können, so hat vor dem Hintergrund der sich verschlechterten Sicherheitslage ein Umdenken eingesetzt: Die Erkenntnis, dass die afghanischen Sicherheitskräfte mehr und länger militärische Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Taliban benötigen als ursprünglich geplant, scheint sich durchgesetzt zu haben. Im Mai dieses Jahres beschlossen die NATO-Außenminister eine Verlängerung von Resolute Support bis Ende 2017. US-Präsident Obama entschied, dass die US-Truppen bis Ende 2016 vollständig im Land bleiben werden. Laut momentanem Sachstand sollen die US-Truppen bis Ende 2016 von derzeit 9.800 Soldaten auf 5.500 reduziert werden.¹¹ Bisher haben sich

⁷http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LcgxDoAgDEbhs3gBurt5C3UhP1q0gRQTqiScXgfzpu_RSI-KRw6YFEWmmZZNxtBcaDt7Fq2w_hHJbs75X2ydHeJxQqUa1InG4qUi0pWm4QWiPd-F/

⁸<https://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a12/auslandseinsaetze/auslandseinsaetze/rsm/363988>

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Resolute_Support

¹⁰ <https://www.stratfor.com/analysis/afghanistan-war-politics-not-policy>

¹¹ <http://edition.cnn.com/2016/06/10/politics/afghanistan-us-troop-new-rules/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPPF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

weder die NATO noch die USA zu den Details dieser Missions-Verlängerung, wie z.B. Zeitplan, Truppenstärke und Art der Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte geäußert. Diese Details werden aber entscheidend sein.

Der Zustand der afghanischen Sicherheitskräfte ANSF (Afghan National Security Forces)

Für die Sicherheit im Land und damit für den Kampf, sind die afghanischen Sicherheitskräfte (Armee und Polizei) verantwortlich, die nach dem Abzug der westlichen Truppen den Kampf gegen die Taliban so gut wie auf sich allein gestellt führen. Dieser Sicherheitsapparat wird mit geschätzten jährlichen Kosten in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar komplett von der internationalen Gebergemeinschaft finanziert. Der NATO-Generalsekretär Stoltenberg zeigte sich auf dem geplanten NATO-Gipfel in Warschau im Juli zuversichtlich, feste Finanzierungszusagen bis mindestens 2020 zu erhalten. Dennoch sind auch hier die Probleme groß.

Die Signalwirkung der Eroberung von Kunduz, durch die Taliban im September vergangenen Jahres, auf die afghanische Bevölkerung (und die internationale Öffentlichkeit) war fatal und hat das Vertrauen in die eigene Regierung, die Sicherheitskräfte und die Geheimdienste massiv und nachhaltig erschüttert. Laut inoffiziellen afghanischen Quellen sterben momentan 40 Angehörige der Sicherheitskräfte pro Tag. Ein Bericht des Pentagon stellt fest, dass die ANSF-Verluste zwischen dem 01. Januar und dem 01. November 2015 um 27% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen sind.¹² In diesen 10 Monaten sind ca. 7.000 afghanische Sicherheitskräfte getötet und weitere 12.000 verwundet worden.¹³ Es wird geschätzt, dass die ANSF 2015 fast ein Drittel ihrer Stärke durch Tod, Verwundung, Desertation und Nicht-Vertragsverlängerung verloren haben. Es ist zweifelhaft, inwieweit diese Abgänge durch Neuzugänge ersetzt werden können. Trotz der wirtschaftlich schlechten Lage im Land, gehen die Rekrutenzahlen deutlich zurück. Anscheinend wird eine Verpflichtung in den ANSF, durch das mittlerweile stark erhöhte Risiko im Kampf zu sterben oder verwundet zu werden, von vielen Afghanen als „ökonomisch nicht sinnvoll“ betrachtet. Hinzu kommt, dass für diejenigen, die es sich finanziell leisten können, eine Flucht nach Europa ungleich attraktiver scheint. Insgesamt bewegen sich die Verluste in einer Größenordnung, die keine Armee über einen längeren Zeitraum verkraften kann und die die Kampfkraft in einem erheblichen Ausmaß reduziert. Sollten sich die Umstände nicht entscheidend ändern, kann ein Kollaps der afghanischen Sicherheitskräfte in den nächsten zwei bis drei Jahren als möglich angenommen werden.

Weitere Problemfelder sind auch hier die Korruption, die Instandhaltung von Material und die bestenfalls eingeschränkte Fähigkeit Operationen selbstständig zu planen und zu führen.¹⁴ Ein zusätzliches Problem ist die nicht zuverlässig feststellbare Stärke der ANSF, die auf dem Papier 352.000 Mann beträgt. Manche Einheiten existieren nur auf dem Papier in voller Stärke, während die tatsächlich vorhandene Anzahl der Soldaten deutlich niedriger ist. Der Sold wird aber für alle empfangen und die Differenz zwischen erhaltenem und tatsächlich ausbezahltem Sold verbleibt bei den Vorgesetzten. Die angesprochenen Faktoren führen in ihrer Gesamtheit zu einem Absinken der Moral, der Zuverlässigkeit, der Kampf-

¹² <http://www.reuters.com/article/us-usa-afghanistan-pentagon-idUSKBN0TY27520151215>

¹³ <http://www.rferl.org/content/taliban-rare-winter-offensive/27477046.html>

¹⁴ <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/141216/meinungsstaatsaufbau-in-afghanistan-das-ende-der-illusionen>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPPF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

kraft und letztendlich auch der Fähigkeit, die afghanische Bevölkerung zu schützen. Im Jahre 2015 hat sich überdeutlich gezeigt, dass die afghanischen Sicherheitskräfte mehr internationale Militärunterstützung, vor allem über einen längeren Zeitraum, benötigen als ursprünglich angenommen. Das ist eine Grundvoraussetzung, um im Kampf gegen die Taliban bestehen zu können. Der amerikanische Viersterne-General und ehemalige COMISAF, General Dunford, äußerte offiziell bei einem Treffen im NATO-Hauptquartier am 21. Januar 2016, dass basierend auf den Erfahrungen des Jahres 2015, den politischen Führungen die Empfehlung ausgesprochen wird, mehr für die afghanischen Sicherheitskräfte zu tun.

Bei allen angesprochenen Problemen muss aber hervorgehoben werden, dass insbesondere die afghanische Armee ANA (Afghan National Army) in der Bevölkerung nach wie vor ein hohes Ansehen genießt. Laut einer Umfrage haben ca. 70% der afghanischen Bevölkerung Vertrauen in die Armee. Viele Einheiten haben sich im Kampf gegen die Taliban erfolgreich bewährt und tapfer gekämpft. Es wird also sehr viel davon abhängen, inwieweit bei den Bündnisstaaten der politische Wille vorhanden ist, die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte für einen längeren Zeitraum zu übernehmen und inwieweit die Bereitschaft existiert, sie militärisch auch weiterhin in ihrem Kampf gegen die Taliban zu unterstützen. Vor allem das Jahr 2015 hat überdeutlich gezeigt, dass das bisherige Ausmaß an Unterstützung nicht ausreichend war.

2015 – Das bisher erfolgreichste Jahr für die Taliban seit ihrem Sturz Ende 2001

Das Jahr 2015 war für die Taliban prägend, durch bisher in dieser Größenordnung zuvor nicht bekannte militärische Erfolge und wegen einer drohenden Spaltung aufgrund einer umstrittenen Nachfolgeregelung. Nach der offiziellen Erklärung des Todes des langjährigen Taliban-Führers und Gründers Mullah Omar im Juli 2015, wurde Mullah Mansur "einstimmig" zum neuen Taliban-Anführer gewählt. Schnell häuften sich jedoch die Berichte, dass er nicht von allen Taliban-Gruppierungen anerkannt wurde. Aus pakistanischen Geheimdienstkreisen war zu hören, dass Mullah Omar bereits im April 2013 in Pakistan verstorben war. Mullah Mansur wurde intern vorgeworfen, dies verheimlicht und stattdessen selbst in Mullah Omars Namen die Taliban-Bewegung weitergeführt zu haben. Bereits im Dezember 2015 hatte der afghanische Geheimdienst NDS gemeldet, dass Mullah Mansur bei einer bewaffneten Auseinandersetzung innerhalb der Taliban schwer verwundet und in der Folge seinen Verletzungen erlegen sei. Die Taliban haben seinen Tod damals vorerst nicht offiziell bestätigt und anschließend bestritten. Am 21. Mai 2016, also weniger als ein Jahr nach seiner Wahl zum Anführer, ist Mullah Mansur bei einem amerikanischen Drohnenangriff in der pakistanischen Provinz Belutschistan getötet worden. Der amerikanische Außenminister Kerry hatte Mullah Mansur selbst als Bedrohung für die USA und Afghanistan bezeichnet. Ein weiterer Regierungsvertreter erklärte, dass der Drohnenangriff von US-Präsident Obama persönlich genehmigt worden war. Bisher fanden die amerikanischen Drohnenangriffe in Pakistan in den Grenzgebieten von Nord- und Süd-Waziristan statt, während in diesem Fall das Einsatzgebiet auf die Provinz Belutschistan ausgedehnt worden war in der auch die Quetta-Schura der Taliban stattfindet. Pakistan hatte in der Folge offiziell gegen diese Verletzung seiner Souveränität protestiert. Mullah Mansur galt als Favorit und Günstling des pakistanischen Geheimdienstes ISI und Teilen des pakistanischen Militärs. Auch war er als Gegner der laufenden Friedensgespräche bekannt. Des Weiteren wurde ihm eine größere Nähe zu dem Terror-Netzwerk Al Qaida nachgesagt, welches wieder versucht, in Afghanistan Fuß zu fassen.

Für die meisten Beobachter überraschend, wurde bereits vier Tage später mit Mullah Achundsada, einer der beiden bisherigen Stellvertreter Mullah Omars, zum neuen Anführer der Taliban ernannt. Nach Ansicht afghanischer und pakistanischer Sicherheitsexperten haben sich mit der Wahl Mullah Haibatullah Achundsadas die Hardliner bei den Taliban durch-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

gesetzt. Auch wenn die meisten Einschätzungen diesbezüglich pessimistisch sind, sollte abgewartet werden, wie es um seine Haltung zur Teilnahme an den Friedensgesprächen tatsächlich bestellt ist. Eine seiner Hauptaufgaben wird es aber sein, die Taliban-Bewegung zu einen und vor einer drohenden Zersplitterung zu bewahren sowie zu verhindern, dass sich unzufriedene Gruppen z.B. dem Islamischen Staat anschließen.

Trotz der inneren Machtkämpfe, um die Person von Mullah Mansur, hat die militärische Effizienz der Taliban im Jahr 2015 nicht gelitten. Laut Regierungskreisen stellen die Taliban für mehr als die Hälfte der 34 Provinzen des Landes eine ernste Bedrohung dar, rund ein halbes Dutzend drohen dauerhaft unter die Kontrolle der Taliban zu kommen. Mittlerweile befinden sich in der Provinz Helmand, im Süden des Landes, fünf von 15 Distrikten unter Taliban-Herrschaft, in zwei weiteren Distrikten halten die ANSF nur noch das Zentrum. Mit der Eroberung von Kunduz ist es den Taliban erstmals seit 2001 gelungen, eine Provinzhauptstadt, wenn auch nur für 15 Tage, unter ihre Kontrolle zu bringen. Die zeitweise Eroberung von Kunduz stellt einen einmaligen und bisher nicht gekannten Propagandaerfolg für die Taliban dar. In seiner Verzweiflung wandte sich der Gouverneur der Provinz per Facebook am 21. Dezember an Präsident Ashraf Ghani. Tags darauf eroberten die Taliban den Sangin-Distrikt, das in den Jahren zuvor nur nach schweren Kämpfen von ISAF bedingt unter Kontrolle gebracht werden konnte. Nie zuvor, seit der westlichen Militärintervention im Jahre 2001, haben die Taliban so viel Gebiet kontrolliert, wie im vergangenen Jahr.

Bisher war 2015 das für die Taliban militärisch erfolgreichste Jahr seit der westlichen Militärintervention im Jahr 2001. Auch ihre ungebrochene Fähigkeit zu großen, spektakulären und auf internationale Medienaufmerksamkeit zielende Anschläge, bevorzugt in der Hauptstadt Kabul, haben sie sowohl 2015 als auch 2016 unter Beweis gestellt. Hinzu kommt, dass sich die erheblichen militärischen Erfolge der Taliban in den Provinzen möglicherweise schon bald negativ auf die Sicherheitslage in der Hauptstadt Kabul auswirken könnten.

Am 12. April 2016 haben die Taliban den Beginn ihrer Frühjahrsoffensive „Operation Omari“ offiziell verkündet. Sollten sie in der Lage sein, nahtlos an ihre militärischen Erfolge des Vorjahres anzuknüpfen, dann wird die Luft dünn für die Regierung Ashraf Ghani.

Die Präsenz des Islamischen Staates in Afghanistan

Nach wie vor gibt es über den „Islamischen Staat“ (ISIS; Dari: Daesh“) in Afghanistan kaum verlässliche Angaben. Zwar ist dessen faktische Präsenz mittlerweile unumstritten, aber über die zahlenmäßige und militärische Stärke von ISIS und seinem Einfluss gibt es eine Vielzahl höchst unterschiedlicher und sich teilweise widersprechender Einschätzungen. Vor allem in der Provinz Nangarhar, im Osten des Landes, ist es dem IS gelungen Fuß, zu fassen, doch soll er sich mittlerweile in mindestens zwei anderen Provinzen etabliert haben. Zum Großteil handelt es sich um ehemalige Taliban-Gruppen, die sich aus unterschiedlichen Motiven ISIS angeschlossen haben. Die Taliban nehmen den IS sowohl als Konkurrenz als auch als Bedrohung wahr und haben den IS-Führer, Abu Bakr al-Bagdadi, unmissverständlich vor einer Expansion gewarnt. Die Taliban befürchten, dass sich viele ihrer Unterkommandeure, aufgrund des großen Erfolgs von ISIS in Syrien und Irak und ihrer wirksamen Social-Media-Kampagne, angezogen fühlen könnten. Der bekannte Islamistenführer, Gulbuddin Hekmatyar, hat am 06. Juli 2015 öffentlich die Unterstützung seiner Hizb-i-Islami für ISIS erklärt. Ebenfalls im Juli vermeldete der afghanische Geheimdienst, dass der ehemalige pakistanische Taliban und zu ISIS übergelaufene sowie für die Region Pakistan-Afghanistan zuständige Führer, Hafiz Saeed, bei einem amerikanischen Drohnenangriff in der Provinz Nangarhar getötet wurde. Nicht nur Resolute Support und die afghanische Regierung be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

trachten die Präsenz des ISIS mit wachsender Sorge, sondern auch das Nachbarland Pakistan, da es über ISIS - im Gegensatz zu der Taliban-Bewegung - keinerlei Kontrolle hat.

Mit Beginn des Jahres 2016 ist ISIS in Nangarhar unter starken Druck geraten. Es gab zum Teil schwere Kämpfe mit den Taliban und die Organisation wurde gleichzeitig zum Ziel sowohl massiver amerikanische Luftschläge als auch von ANSF-Operationen. In der Folge wichen ISIS-Gruppen in die Provinzen Ghazni und Zabul aus und versuchen, sich dort zu etablieren.¹⁵ Vor allem fällt ISIS durch verstärkte Rekrutierungsbemühungen auf, wie z.B. bei den als sehr kampfstark geltenden Gruppen der IMU (Islamic Movement of Uzbekistan). Allerdings hat auch das Nachbarland Iran ein Interesse daran, dass ISIS erfolgreich bekämpft wird. Inwieweit die Iraner sich in der Front gegen ISIS engagieren, ist momentan nur schwer einschätzbar, aber der Iran gilt dem Islamischen Staat gegenüber als feindsinnig. Damit wäre ISIS ein weiterer, gefährlicher Feind entstanden. Sollte es dem Islamischen Staat allerdings trotz seiner zahlreichen Gegner gelingen, dauerhaft größere Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen und somit seine Machtbasis auszubauen, dann würde Afghanistan hieraus zu einer neuen, ernstzunehmenden Gefahr erwachsen. Aufgrund der momentanen unsicheren Informationslage kann nur schwer eingeschätzt werden, ob der Islamische Staat in Afghanistan lediglich eine marginale Bedrohung oder bereits eine große Gefahr darstellt.

Die Verluste unter der afghanischen Zivilbevölkerung durch die Kampfhandlungen

Seit UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) mit Beginn des Jahres 2009 begonnen haben, die Zivilopfer der Kampfhandlungen unter der afghanischen Bevölkerung systematisch zu erfassen, sind diese in den Jahren 2013 bis 2015 kontinuierlich gestiegen. Trauriger Höhepunkt war bisher das Jahr 2015 mit 11.002 getöteten und verletzten Zivilisten (3,545 Todesopfer und 7,457 Verletzten), wobei die Zahl der Todesopfer im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent gesunken ist, während die Zahl der Verletzten um neun Prozent anstieg. Für drei Viertel der Zivilopfer (74%) werden die Taliban und andere bewaffnete Gruppen verantwortlich gemacht, neun Prozent werden den afghanischen Sicherheitskräften (Armee und Polizei) und ihren Verbündeten (wobei seit 2015 erstmals so gut wie keine internationale Truppen an den Kampfhandlungen teilnehmen) zugerechnet. Weitere 12% konnten keiner Konfliktpartei eindeutig zugeordnet werden.

In den Jahren 2009 bis 2015 sind insgesamt 58,736 afghanische Zivilisten Opfer der Kampfhandlungen geworden. (21.323 Tote und 37.413 Verletzte).¹⁶

¹⁵ <http://post.understandingwar.org/backgrounder/afghanistan-partial-threat-assessment-april-12-2016>

¹⁶ https://unama.unmissions.org/sites/default/files/poc_annual_report_2015_final_14_feb_2016.pdf

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016www.kas.de/afghanistanwww.kas.de

Bereits 2011 war es in Katar, unter Vermittlung der deutschen Bundesregierung zu Gesprächen zwischen Vertretern der Taliban-Führung und der US-Regierung gekommen. Im März 2013 brachen die Gespräche ab, da der damalige Präsident Karzai die Verhandlungen boykottierte, solange diese nicht vollständig unter afghanischer Kontrolle stattfänden. Immerhin war so in den Gesprächen die Grundlage für den im Juni 2014 stattgefundenen Austausch des einzigen von den Taliban gefangengenommenen US-Soldaten, Bowe Bergdahl, gegen fünf in Guantanamo inhaftierte Taliban-Führer gelegt worden.

Präsident Ashraf Ghani's Versuch der politischen Entspannung gegenüber Pakistan zeigte im Juli 2015 einen ersten Erfolg. Auf pakistanischen Druck hin kam es zu ersten Gesprächen mit den Taliban, unter Beobachtung von chinesischen und amerikanischen Teilnehmern. Nachdem aber Kabul und Islamabad die verabredete Geheimhaltung gebrochen hatten, indem sie den bisher geheim gehaltenen Tod des Talibangründers Mullah Omars an die Öffentlichkeit durchsickern ließen, brachen die Gespräche ab. Seitdem weigern sich die Taliban an den Friedensgesprächen der QCG (Quadrilateral Coordination Group), bestehend aus Afghanistan, China, Pakistan und USA teilzunehmen. Fraglich ist auch, welche Motivation die Taliban zu Friedensgesprächen haben sollen, wenn sie gleichzeitig militärisch erfolgreicher sind als jemals zuvor. Von Dezember 2015 bis zum 18. Mai 2016 haben fünf Treffen der QCG stattgefunden, weitere sind geplant.¹⁷ Allerdings bleibt die Frage, welche Erfolgsaussichten die Gespräche überhaupt haben können, solange die Taliban sich weigern an ihnen teilzunehmen.

Am 18. Mai 2016 hat die afghanische Regierung, durch den High Peace Council (HPC), mit dem Führer der Hizb-i-Islami, Gulbuddin Hekmatyar, ein Vorabkommen unterzeichnet, das zu einem Friedensvertrag mit der von ihm repräsentierten Gruppe und somit zu ihrer Rehabilitierung und ihrer Registrierung als politische Partei führen soll. Hekmatyar, dem zahlreiche Verbrechen während des Bürgerkrieges zur Last gelegt werden, ist bekannt für seine meist sehr kurzlebigen Allianzen. Seine Hizb-i-Islami hat nicht annähernd die Macht oder die Bedeutung wie z.B. die Taliban oder das mit ihnen assoziierte Haqqani-Netzwerk, aber es würde nach dem Stagnieren der Friedensverhandlungen wenigstens einen kleinen Erfolg für den High Peace Council und die Regierung Ghani bedeuten. Allerdings steht Hekmatyar seit 2003 auf der Terroristenliste des Pentagons und ebenfalls auf der Schwarzen Liste der UN. Die Entscheidung eines Abkommens mit Hekmatyar ist auch in Afghanistan heftig umstritten, wo er aufgrund seiner Vita von vielen Afghanen als potentielle Gefahr gesehen wird.

Fazit

Der neuen afghanischen Regierung ist es bisher nicht gelungen, die Korruption auch nur halbwegs wirksam zu bekämpfen und die staatlichen Institutionen, wie den Verwaltungsapparat, effizienter zu gestalten. Des Weiteren läuft sie Gefahr, politische Macht an ehemalige Warlords wie z.B. den Vizepräsidenten Dostum oder den Gouverneur der Provinz Balch, Atta Mohammad Noor, zu verlieren. Auch die wirtschaftliche Lage hat sich nach dem westlichen Truppenabzug weiterhin verschlechtert, die Arbeitslosigkeit ist ebenso gestiegen, wie die Kriminalität und damit die Perspektivlosigkeit für junge Afghanen.

¹⁷ <http://islamabad.usembassy.gov/pr051816.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AFGHANISTAN

MATTHIAS RIESENKAMPFF

Juni 2016

www.kas.de/afghanistan

www.kas.de

Die Friedensgespräche der QCG haben bisher keinen Durchbruch erzielen können und es ist mehr als fraglich, ob das ohne Teilnahme der Taliban an den Gesprächen überhaupt möglich ist.

Ob die für den 15. Oktober 2016 angekündigten Parlaments- und Bezirkswahlen auch tatsächlich zum geplanten Zeitpunkt stattfinden werden, ist noch nicht absehbar. Bisher stockt bereits die vereinbarte Reform der Wahlen. Selbst wenn die Wahlen stattfinden sollten, könnte deren Ausgang zu weiteren Auseinandersetzung innerhalb des NUG führen, wie es sie bereits nach der Präsidentschaftswahl 2014 gab.

Die afghanischen Sicherheitskräfte haben sich bisher sehr bedingt in der Lage erwiesen, die Taliban wirksam ohne westliche militärische Unterstützung zu bekämpfen. Sollten die Verluste weiterhin auf einem derart hohen Niveau wie im Jahr 2015 bleiben, droht ein Ausbluten bzw. ein Auseinanderbrechen der afghanischen Sicherheitskräfte. Sollte dieser Fall eintreten, dann würde das die endgültige Niederlage gegen die Taliban bedeuten, die bereits jetzt ganze Landesteile kontrollieren.

Damit wäre aber auch der Westen mit seinem Aufbauprojekt in Afghanistan final gescheitert. In der Konsequenz wären weitere Flüchtlingsströme aus Afghanistan nach Europa zu erwarten. Ein Scheitern des Westens in Afghanistan könnte islamistischen Gruppierungen weltweit Auftrieb geben und sie stärken. Vieles wird jetzt davon abhängen, in wie weit die Gemeinschaft der Geberländer bereit ist, weiterhin für Afghanistan finanziell aufzukommen und vor allem in welchem Ausmaß sie sich weiterhin dort militärisch zu engagieren. Es hat sich überdeutlich gezeigt, dass die bisherigen Planungen für einen Truppenabzug zu optimistisch waren und die afghanischen Sicherheitskräfte alleine nicht in der Lage sind den Kampf gegen die Taliban erfolgreich zu führen. Sollte das westliche Militäengagement auf dem Stand von 2015 verharren oder sogar einen weiteren Abzug ins Auge fassen, dann werden die Folgen für Afghanistan mit großer Wahrscheinlichkeit dramatisch sein und auch für den Westen sowie Deutschland spürbar sein. Die noch vorhandene Zeit diese Entwicklung aufzuhalten, wird immer kürzer, der Handlungsbedarf dringender. Ein solches Erkaufen von Zeit führt aber nur dann zum Erfolg, wenn es der afghanischen Regierung gelingt die gewonnene Zeit zu nutzen, um eine bessere, effiziente Staatlichkeit zu schaffen. Nach den bisherigen Erfahrungen besteht diesbezüglich kein Anlass zu übermäßigem Optimismus.